

Antragsteller: SPD-KV Breisgau-Hochschwarzwald

Empfänger: Landesparteitag Baden-Württemberg zur Weiterleitung an SPD Bundesvorstand,
Bundestagsfraktion und SPD Europafraktion

Antrag: Regelungen für Waffenexporte in Deutschland und Europa

Wir fordern:

1. Bundesvorstand und Bundestagsfraktion sollen sich dafür einzusetzen, dass Waffenexporte in Krisengebiete auch von Töchtern deutscher Unternehmen im Ausland verboten werden.
2. Die Entscheidungen über Waffenlieferungen sollen vom Parlament getroffen werden.
3. Dieses Vorgehen soll auch in der Europäischen Gemeinschaft umgesetzt werden.
4. Den Aufbau einer europäischen Armee zur Stärkung Europas, mit dem Ziel internationale Einsätze gemeinsam abzustimmen. Gleichzeitig sollen die Militärausgaben für die einzelnen Staaten gesenkt werden.

Begründung: Waffenexportverbote werden immer wieder umgangen, indem in anderen Ländern Tochterfirmen gegründet werden oder Zusammenarbeit mit anderen Firmen organisiert werden.

Die Ursachen für Flucht sind aber überwiegend Kriege in der Heimat. So kommt es zu Situationen wie in Syrien, wo zwei Kriegsparteien sich mit den gleichen deutschen Waffen bekämpfen.

Der Antrag wurde auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 24.03.2018 Löffingen beschlossen.